

GROSSBRITANNIEN

Gewerkschaftsmonitor

April 2022

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE RAHMENBEDINGUNGEN

POLITISCHE ENTWICKLUNG

Neben dem Krieg in der Ukraine sind aktuell die rapide steigenden Lebenshaltungs- und Energiekosten sowie die hohe Inflation die beherrschenden Themen in Großbritannien. Die Corona-Krise gilt weitestgehend als überwunden. Auflagen und temporäre Unterstützungsprogramme wurden eingestellt. Weiterhin bleiben auch der Brexit und seine Folgen auf der Agenda. Die Polarisierung und Spaltung, die der Brexit verursachte, bestehen fort und wirken sich auf viele verschiedene Debatten aus.

Kurz vor Ende der Brexit-Übergangsfrist am 31.12.2020 konnte ein Freihandelsvertrag vereinbart und damit ein No-Deal Szenario abgewendet werden. Dennoch bleibt das Abkommen ein schwaches, denn wichtige Aspekte wie der Zugang zum Markt für Dienstleistungen, außenpolitische Kooperationen und Datenschutzfragen fehlen in der Vereinbarung, viele Fragen im britisch-europäischen Verhältnis bleiben ungeklärt und müssen weiterverhandelt werden. Ein besonders heikler Punkt ist dabei die nordirisch-irische Grenze. Der Brexit-Vertrag sieht vor, dass Nordirland faktisch weiter zum EU-Binnenmarkt gehört. So sollte eine harte Grenze mit Kontrollen zwischen der Republik Irland und Nordirland verhindert werden. Die britische Regierung hat im letzten Jahr Übergangsfristen, die im Nordirland-Protokoll festgelegt wurden, immer wieder einseitig verlängert und der Start von Grenzkontrollen in der Irischen See wurde auf unbestimmte Zeit verschoben. Dies führte zu kontinuierlichem Streit zwischen Brüssel und London, beispielsweise um Impfstofflieferungen. Die Konflikte machen deutlich, wie verletzlich dieser Punkt des Austrittsabkommens ist und wie sehr sich der Ton zwischen Großbritannien und der EU verschärft hat.

Zudem werden Risse in der Einheit des Vereinigten Königreichs (VK) sichtbar. In Nordirland, aber auch in der Republik Irland werden Stimmen lauter, die eine Wiedervereinigung

der Insel fordern. Politiker_innen der irisch-republikanischen Partei Sinn Féin fordern seit Jahren eine Abstimmung in dieser Frage. Bei den Regionalwahlen im Mai 2022 hat Sinn Féin eine realistische Chance, die stärkste Partei in Nordirland zu werden und ein Referendum anzuberaumen. Pro-britische Parteien und ihre Anhänger in Nordirland würden sich einer Wiedervereinigung Irlands massiv entgegenstellen, so dass Expert_innen einen erneuten offenen Ausbruch des Konfliktes und der Gewalt befürchten.

Auch in Schottland wurden Autonomiebestrebungen durch den Brexit verstärkt. Bei den schottischen Wahlen im Mai 2021 konnte die secessionistische Scottish National Party 49,6 Prozent der Parlamentssitze gewinnen. Im Vorfeld der Wahlen hatte die Partei angekündigt, diese Wahlen zu einer Abstimmung über die Unabhängigkeit zu machen. Die Unabhängigkeit ist ein zentrales Versprechen der Regierungschefin Nicola Sturgeon, ein Referendum strebt sie noch vor Ende 2023 an. Aktuell solle aber erst die Coronapandemie vollständig überwunden werden.

Seit 2019 wird Großbritannien von Boris Johnson (Tory-Partei) regiert. Bei Wahlen im Dezember 2019 erhielten die Konservativen unter seiner Führung die absolute Mehrheit im Unterhaus. Die Labour-Partei erzielte bei den Wahlen 2019 mit 32,1 Prozent das schlechteste Wahlergebnis seit Jahrzehnten, was zum Rücktritt ihres Parteichefs Jeremy Corbyn führte. Sir Keir Starmer wurde im April 2020 zum Nachfolger gewählt. Mit Starmer rückte Labour wieder mehr in die Mitte, im neuen Parteikurs werden – anders als bei Corbyn – Patriotismus, Familie und Sicherheit betont. Damit hofft Starmer bei der nächsten Wahl Stimmen aus der verlorenen Wählerschaft zurück zu gewinnen. Während 2020 die Umfragewerte von Premierminister Johnson auf Grund der hohen Anzahl an Corona-Toten und massiver Kritik am Krisenmanagement seiner Regierung deutlich eingebrochen sind, erholten sich 2021 seine Umfragewerte mit dem Voranschreiten der Impfkampagne. Seit Ende 2021 steht Boris Johnson im Mittelpunkt eines politischen Skandals. In dem »Partygate« wurde öffentlich gemacht, dass es während der Pandemie zu Partys und Versammlungen von

Mitarbeiter_innen der Regierung und der konservativen Partei kam, während im Land Kontaktbeschränkungen und Lockdowns herrschten. Unter anderem fanden diese Veranstaltung in der Downing Street 10, ihrem Garten und anderen Regierungsgebäuden statt. Teilweise soll auch Johnson selbst an diesen teilgenommen haben. Die Meldungen über diese Parties erregten eine große Aufmerksamkeit, öffentliche Gegenreaktionen und politische Kontroversen. Die Polizei ermittelt seit Ende Januar 2022, inwieweit die Versammlungen strafbar waren. Boris Johnsons politisches Überleben galt im Februar 2022 als ungesichert. Mit Beginn des Krieges in der Ukraine ist der Skandal wieder in den Hintergrund getreten. Seit dem Beginn des Skandals führt die Labour-Partei wieder in Umfragen vor den Konservativen.

WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE LAGE

Die mit dem EU-Austritt verbundenen Unsicherheiten und Risiken schränkten die britische Wirtschaft schon vor der Pandemie ein. So konnte 2018 und 2019 nur ein Wirtschaftswachstum von 1,3 Prozent und 1,4 Prozent verzeichnet werden. 2020 trafen dann die Auswirkungen der Corona-Pandemie die britische Wirtschaft besonders stark. Das britische Bruttoinlandsprodukt brach 2020 um 9,9 Prozent ein, im Vergleich dazu fiel das BIP im Euroraum nur um 6,8 Prozent. Damit ist die britische Wirtschaft im vergangenen Jahr so stark geschrumpft wie mindestens seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr, britische Medien sprechen von dem schlechtesten Jahr für die britische Wirtschaft seit 1709. Die aufwendige und erfolgreiche Impfkampagne im Frühjahr 2021 führte aber dazu, dass sich die wirtschaftliche Lage schneller erholte als prognostiziert. So wurde laut OECD 2021 ein Wirtschaftswachstum von 6,9 Prozent ermöglicht und auch für 2022 wird ein Wachstum von 4,7 Prozent prognostiziert. Das britische Statistikamt gibt sogar an, dass die britische Wirtschaft 2021 um 7,5 Prozent wuchs. Ein dramatischer Fachkräftemangel und die stark steigenden Energiepreise machen diese Prognosen aber zunehmend unsicher. Die Inflationsrate, die im Dezember 2021 bereits bei 5,4 Prozent lag, soll zudem noch weiter ansteigen, die britische Regierung rechnet damit, dass im Frühjahr 2022 die Teuerung bei 7,25 Prozent liegen wird.

Die Corona-Krise hatte auch deutliche Auswirkungen auf die Arbeitslosigkeit. Während die Arbeitslosenquote vor der Pandemie mit rund 3,8 Prozent auf einem sehr niedrigen Niveau lag, stieg die Quote durch die Corona-Krise deutlich. So wuchs die Zahl von Menschen, die Arbeitslosenhilfe erhalten 2020 kontinuierlich an und erreichte im letzten Quartal 5,1 Prozent. Seit Ausbruch der Pandemie mussten etwa 6000 Pubs, Restaurants und Clubs endgültig schließen. Als Reaktion auf die Krise schnürte die Regierung Unterstützungspakete für Arbeitnehmer_innen, Unternehmen sowie Kommunen. Durch das »furlough scheme« – die britische Version des Kurzarbeitergeldes – war es möglich 9,5 Millionen Arbeitsplätze zeitweise zu erhalten. Große wie kleine Unternehmen erhielten kurzfristig Zugang zu günstigen Krediten, Selbständige wurden ebenfalls partiell abgesichert. Diese Unterstützungsprogramme liefen Ende Sep-

tember 2021 aus. Seit dem hat sich auch der Arbeitsmarkt erholt und Anfang 2022 hat die Arbeitslosenquote mit 4,1 Prozent fast wieder das niedrige Niveau von vor der Pandemie erreicht.

Die Einführung eines Kurzarbeitergeldes und weiterer Maßnahmen im Rahmen der Bekämpfung der Corona-Krise bedeutete, dass millionenschwere Kredite vom britischen Staat aufgenommen werden mussten. So stieg die britische Staatsverschuldung auf Rekordwerte und lag 2021 bei 103,7 Prozent. Im Vergleich dazu lag die Schuldenquote im EU-Durchschnitt bei 90,1 Prozent.

Der Wirtschaftseinbruch wird dabei durch den Brexit verschärft. Bereits vor dem Beginn der Corona-Krise schrumpfte die britische Wirtschaft angesichts der mit dem EU-Austritt verbundenen Unsicherheit. Auf Grund der Unsicherheiten um den Brexit verlegten einige britische Firmen schon vor Ablauf der Übergangsfrist ihre Produktion ins Ausland, Investitionen aus der EU im VK gingen deutlich zurück. Wichtige Firmen aus verschiedenen Branchen haben Großbritannien auf Grund des Brexits bereits den Rücken gekehrt und ihre Standorte in EU-Länder verlegt. Davon besonders betroffen ist die Automobil-, Pharma- und Finanzbranche. 43 Prozent der Finanzdienstleistungsunternehmen ist bereits aus dem VK abgewandert oder plant zumindest die Verlagerung einiger Betriebe und Mitarbeiter_innen. Durch den Brexit wurde auch ein enormer Facharbeitermangel ausgelöst. Alleine in der Transportbranche fehlten Schätzungen nach 2021 rund 100000 Fahrer_innen. Dies führte dazu, dass 2021 monatelange Regale in Supermärkten leer standen und zeitweise Tankstellen der Kraftstoff ausging.

Durch die Brexit-Turbulenzen stieg das britische Handelsdefizit 2021 weiter an. Trotz der Abwendung eines harten wirtschaftlichen Bruchs mit der EU, steigen durch den Brexit die bürokratischen Hürden beim Handel. So war 2021 von Meldungen über erhebliche Störungen im Warentransport von und nach Großbritannien geprägt. Ursache für die stark verzögerten und ausbleibenden Lieferungen sind meist Probleme mit Zollpapieren. Davon sind auch 1,5 Millionen kleine Unternehmen im Vereinigten Königreich betroffen, die in die EU exportieren. Durch zusätzliche Kosten auf Grund von Zollgebühren haben viele von ihnen (vorerst) den Export in die EU eingestellt. Im Januar 2021 brachen die Exporte vom Vereinigten Königreich in die EU um 40,7 Prozent ein, Importe sind um 28,8 Prozent gesunken. Obwohl sich der massive Rückgang des Handels zwischen Großbritannien und der EU im Laufe von 2021 verlangsamt, geht die britische Aufsichtsbehörde davon aus, dass die britische Wirtschaft gravierender von den Folgen des Brexits betroffen sei als von den Auswirkungen der Pandemie.

Ein »Brexiteers-Freiheits-Gesetz« soll ab 2022 ermöglichen, »überholte« EU-Gesetze aus der Zeit der britischen EU-Mitgliedschaft ohne großen Aufwand zu ändern oder aufzuheben. Unternehmen sollen so eine Milliarde Pfund an Bürokratiekosten sparen, »regulatorische Belastungen« sollen verringert werden und das Gesetz soll »das Land vereinen«, wirtschaftlich voranbringen und die Vorzüge des Brexits

»weiter entfesseln«. Die Wirtschaftsverbände des Landes reagierten auf die Ankündigung nicht, ebenso nicht die Gewerkschaften.

Weiterhin ist das Vereinigte Königreich eine der dereguliertesten Volkswirtschaften der Welt. Die Deregulierung des Arbeitsmarktes führt dabei zu einer wachsenden Anzahl an Scheinselbstständigkeiten und Beschäftigungsverhältnissen mit »0-Stunden-Verträgen«. Solche Verträge bieten keine Beschäftigungs- und Lohnsicherheit, da die Bezahlung flexibel nach geleisteten Arbeitsstunden erfolgt, über deren Volumen der Arbeitgeber entscheidet. Diese Problematik wurde auch durch die Corona-Krise deutlich, da es sich zeigte, dass die Standards zu Arbeitszeit und Kündigungsschutz zu niedrig sind, auch weil der gewerkschaftliche Organisationsgrad niedrig ist. So lebte bereits vor der Corona-Krise jede_r fünfte Brit_in in Armut. Fast die Hälfte von ihnen gehört zu den sogenannten »Working Poor«, also Menschen, die trotz Arbeitsstelle arm sind. Durch die Pandemie und die damit verbunden Lockdowns wurden weitere 900 000 Menschen in Armut gedrängt. Die Schere zwischen unterschiedlichen Einkommen ist weiterhin breit geöffnet und die Einkommensungleichheit ist seit Jahren eine der höchsten in Europa (Gini-Koeffizient von 0,37 lt. OECD-Data).

Eine offensichtlich negative Entwicklung ist die sogenannte High Street-Krise, der in vielen Städten sichtbare Niedergang der kommerziellen Straßen im Zentrum. Mit Mothercare, Bonmarche, Jamie's Italian und Thomas Cook gingen bereits vor der Pandemie namhafte Unternehmen bankrott, aber auch zahlreiche andere Ladengeschäfte wie die Kaufhauskette BHS und das Modeunternehmen Topshop waren davon betroffen, dass der Konsum zurückgegangen ist und die Verlagerung auf Internethandel zugenommen hat. Diese Entwicklung manifestiert für viele Brit_innen gerade in kleineren Städten die Abwärtsspirale, in der sie sich gefangen sehen. Viele dieser Orte haben unter dem Niedergang der klassischen Industrien wie Kohle und Stahl schwer gelitten und ihre Bewohner_innen müssen nun mitverfolgen, wie traditionelle Referenzpunkte des kommunalen Lebens wie Ladengeschäfte, Apotheken oder auch Pubs zunehmend schließen. Durch die Corona-Krise kam es zu einer Pleitewelle gerade kleinerer Ladengeschäfte und mithin zu einer Verschärfung der High Street-Krise.

Das Bild der Krise im Vereinigten Königreich wird untermalt von einem Bericht aus dem Jahr 2019 des UN-Sonderberichterstatters Philip Alston zu Armut und der Menschenrechtssituation im Land. Der Report liest sich wie eine Generalabrechnung mit der Austeritätspolitik der konservativen Regierung vor der Pandemie. Er konstatiert der Regierung eine Verweigerungshaltung gegenüber diesen Effekten vor allem auf die Ärmsten der Gesellschaft. Besonders frappant ist hier die Reform der sozialen Sicherung. Unter dem Stichwort »Universal Credit« wurden die verschiedenen Leistungen zusammengeführt und vereinfacht. Das System sollte effektiver und transparenter werden und Unterstützungsempfänger dazu anregen, Arbeit aufzunehmen. Der »Universal Credit« wird von knapp 6 Millionen Menschen in Anspruch genommen. Von seiner Grundstruktur ist er darauf angelegt, Menschen in

der kurzen Phase zwischen Jobwechseln über die Runden zu helfen, allerdings ist die Höhe gering und der Zugang beschwerlich. In der Praxis hat es sich zudem erwiesen, dass mit Universal Credit eine Vielzahl von Menschen schlechter gestellt werden. Auch ist das System hochkomplex, schwer zu verstehen und mit langen Wartezeiten verbunden. So haben sich die Mietschulden von Zuwendungsempfängern massiv erhöht, ihre Chancen auf dem Mietmarkt haben sich radikal vermindert und es besteht die Befürchtung, dass dies zu einem weiteren Ansteigen der Obdachlosigkeit führen wird. Dem wurde in der Corona-Krise kurzzeitig gegengesteuert, indem der Universal Credit um ca. 1 000 Pfund pro Jahr angehoben wurde und Wohnungsräumungen erschwert wurde. Mit dem »Freedom Day« im Juli 2021, bei dem die Corona-Maßnahmen weitgehend abgeschafft wurden, endete auch die kurzzeitige Erhöhung des Universal Credits.

In der allgemeinen Wahrnehmung der Krise darf das Gesundheitssystem, eine der wichtigsten Errungenschaften der britischen Gesellschaft nach dem Zweiten Weltkrieg und damit ein zentrales Symbol für die Funktionsfähigkeit des Sozialstaats, nicht fehlen. Die Auswirkungen des Brexits sind hier unmittelbar spürbar, da offene Stellen des National Health Service (NHS) nur unter Schwierigkeiten nachbesetzt werden können, weil die Zuwanderung aus Europa nachgelassen hat. Daher tun sich zunehmend Lücken in der Gesundheitsversorgung auf. Hinzu kommt, dass die chronische Unterfinanzierung vor der Pandemie sowie die Alterung der britischen Gesellschaft den NHS zunehmend unter Druck setzen. So befand sich im Januar 2022 ein Rekord von 6,1 Millionen Patienten in England auf Wartelisten und bezüglich der Wartezeiten in der Notaufnahme brach der NHS negative Rekorde.

Die Corona-Pandemie brachte das britische Gesundheitssystem an seine Belastungsgrenze. Dass die ersten Wellen der Pandemie die Brit_innen härter als alle anderen Länder Europas traf und Großbritannien die höchste Todesrate in Europa hatte, verdeutlicht das problematische Krisenmanagement der britischen Regierung und die mangelnde Ausstattung des NHS. So war das Vereinigte Königreich vor Beginn der Pandemie eines der Länder in Europa mit der niedrigsten Anzahl von Intensivbetten pro Kopf, was auch durch den Aufbau von Notkrankenhäusern kaum behoben werden konnte. Die Sparmaßnahmen der vergangenen zehn Jahre führten besonders im Pflegebereich dazu, dass nicht ausreichend Schutzkleidung vorhanden war und die Infektionsgefahr durch Personal, das zwischen Einrichtungen pendelt für die verwundbarste Bevölkerungsgruppe enorm hoch war. Dazu kommen die Auswirkungen der tiefen Ungleichheiten im Land, die durch Corona deutlich wurden: So starben überproportional viele Angehörige von Minderheiten, die häufig aus ärmeren und dicht besiedelten Stadtteilen kommen. Dabei lässt sich für Großbritannien ein eindeutiger Zusammenhang zwischen Todesrate und Höhe des Einkommens feststellen.

Die Regierung hat auf Missstände im Gesundheitssystem reagiert, indem ein großer Teil unerwarteter Steuereinkommen für das Gesundheitssystem reserviert und das Budget für den NHS deutlich erhöht wurde. Damit könnte zumin-

dest ein Teil der liegen gebliebenen Investitionen der vergangenen Jahre aufgeholt und dringende Lücken gestopft werden. Ab April 2022 tritt zudem die größte Steuererhöhung seit Jahren in Kraft. Die Beiträge zur Sozialversicherung werden dabei um 1,25 Prozent steigen. Die durch diese sozial ausgewogene Steuererhöhung gewonnenen Einnahmen, sollen in das Gesundheitssystem fließen.

GEWERKSCHAFTSPOLITISCHER KONTEXT

Die britischen Gewerkschaften befinden sich in einem adversen politischen, gesellschaftlichen und sozialen Umfeld. Sie sind in ihren Einflussmöglichkeiten daher eingeschränkt. Die unter Thatcher begonnenen Attacken auf die Arbeitnehmer_innenvertretungen haben tiefe Spuren in Wirtschaft und Gesellschaft hinterlassen. Seither sind die Mitgliedszahlen der Gewerkschaften abgesunken, ihre Organisationsdichte hat stark nachgelassen und ihre Fähigkeit, die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch Streiks durchzusetzen ist stark zurückgegangen.

Erst in den letzten Jahren, beginnend mit den Auswirkungen der Finanzkrise auf die britische Gesellschaft, verstärkt durch den Brexit und die aktuelle Corona-Krise hat sich die gesellschaftliche Wahrnehmung der Gewerkschaften zu verändern begonnen. Dies hat sich jedoch noch nicht in einer institutionell gestärkten Rolle in der Gestaltung von Politik und Gesellschaft niedergeschlagen, auch weil seit 2010 die gewerkschaftsfeindlichen Tories an der Macht sind. In der Corona-Krise und während der Lockdowns waren Solidarität und Unterstützung der Gewerkschaften besonders gefragt. Hier konnten die Gewerkschaften ihre kollektive Stärke nutzen, um in Form eines ad hoc Sozialen Dialogs mitzuentcheiden, wie Arbeitnehmer_innen vor den Auswirkungen der Krise geschützt werden können. Der Dachverband TUC spielte beispielsweise eine entscheidende Rolle in der Ausarbeitung der britischen Version des Kurzarbeitergeldes. Zudem konnten in Vereinbarungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern eine Kurzarbeit von vielen Mitarbeitenden mit voller Lohnfortzahlung erreicht werden.

Auch beim Brexit und dessen Folgen spielen die Gewerkschaften eine wichtige Rolle. Der TUC sprach sich vehement gegen ein »No Deal« Szenario aus, da ein solcher Arbeitsplätze bedrohe. Mit dem Austritt aus der EU befürchten die Gewerkschaften, dass Arbeitnehmer_innenrechte aufs Spiel gesetzt werden, da diese Rechte, ebenso wie Mutterschutz und Elternzeit, erst durch die EU-Gesetzgebung durchgesetzt wurden.

Durch die erhöhte Sichtbarkeit und Bedeutung der Gewerkschaften in der Corona-Krise gewannen diese besonders im Rahmen des ersten Lockdowns 2020 tausende Neumitglieder. Insbesondere durch den Beitritt vieler Frauen, wuchs die Anzahl der Gewerkschaftsmitglieder 2021 zum vierten Mal in Folge.

Angesichts der stark steigenden Lebenshaltungskosten und stagnierender Löhne wäre 2022 eine starke Gewerkschaftslandschaft in Großbritannien besonders erforderlich. Die

konservative Regierung scheint dies aber zu fürchten und versucht die Verhandlungsmacht durch neue Regulationen zu schmälern. Ab April 2022 müssen alle Gewerkschaften eine Abgabe in der Höhe von bis zu 2,5 Prozent ihrer Einnahmen an einen »Zertifizierungsbeauftragten« bezahlen, der Beschwerden über Gewerkschaften bearbeitet und der damit die Möglichkeit hat, hohe Bußgelder bei Verstößen gegen das komplizierte Gewerkschaftsrecht zu verhängen. Insgesamt könnte dies laut Hochrechnungen die britischen Gewerkschaften bis zu 30 Millionen Pfund pro Jahr kosten.

GEWERKSCHAFTEN IN GROSSBRITANNIEN – FAKTEN UND DATEN

HISTORISCHE ASPEKTE

Die britischen Gewerkschaften blicken auf eine wechselhafte Geschichte zurück, die lange Jahre vom Aufstieg der organisierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geprägt war. Im Zuge der Industriellen Revolution bildeten sich schon Anfang des 19. Jahrhunderts organisierte Gewerkschaften in London und den Industrievierteln in Wales und Nordengland. Doch erst 1867 wurde das Gewerkschaftswesen mit dem Trade Unions Act legalisiert und als vorteilhaft für Arbeitnehmer_innen- und Arbeitgeberseite erklärt. Von diesem Ausgangspunkt an, gewannen britische Gewerkschaften stetig neue Mitglieder hinzu und gründeten 1900 die Labour Party als politische Plattform der Interessen von Arbeitnehmer_innen. Ende der Siebziger Jahre erreichten sie ihren Höhepunkt, als mehr als 13 Mio. Arbeitnehmer_innen gewerkschaftlich organisiert waren. Zum gleichen Zeitpunkt begann jedoch auch der aktuell weiter andauernde Niedergang, der aktiv von der konservativen Regierung unter Margret Thatcher betrieben wurde, die Gewerkschaften auch als »the enemy within« bezeichnet hatte, den man bekämpfen müsse. In der Folge privatisierte sie viele der Hochburgen der britischen Gewerkschaftsbewegung, besonders im Bergbau und unterminierte hiermit einen schlagkräftigen Teil der Gewerkschaften. Zudem verabschiedete sie eine Reihe von Gesetzen, die die Handlungsfähigkeit und Autonomie der Arbeitnehmer_innenvertretungen einschränkten. Die Labour-Regierung von Tony Blair in den Neunziger Jahren behielt diese Einschränkungen der Kollektivrechte bei, stärkte aber gleichzeitig die Individualrechte von Arbeitnehmer_innen am Arbeitsplatz. Mit dem Wahlsieg von David Cameron setzte sich das Aufstellen legaler Barrieren für Arbeitskämpfe fort und im Trade Union Act von 2016 wurden noch höhere Hürden für Streiks gesetzlich festgelegt.

GEWERKSCHAFTSLANDSCHAFT

Die Gewerkschaftslandschaft ist geprägt vom Dachverband TUC (Trade Union Congress), und seinen 48 Einzelgewerkschaften. Die größten davon sind UNISON (Gewerkschaft der Beschäftigten in öffentlichen Dienstleistungen), Unite (branchenübergreifende Gewerkschaft, vor allem Industrie;

Tabelle 1
Die wichtigsten gewerkschaftlichen Dachverbände in Großbritannien

Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Trades Union Congress (TUC)	Generalsekretärin: Frances O’Grady Stv. Generalsekretär: Paul Nowak	5 330 520	IGB, EGB

Tabelle 2
Die wichtigsten Branchen- bzw. Einzelgewerkschaften in Großbritannien

Branchenverband / Gewerkschaft	Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
UNISON	TUC	Generalsekretärin: Christina McAnea	1 205 750	EPSU, PSI
Unite the Union (Unite)	TUC	Generalsekretärin: Sharon Graham	1 171 186	IndustriAll, IndustriAll Europe; Uni Europe, ETF, EFBWW, EPSU, EFFAT, IndustriAll, ITF, BWI, IUF, PSI, UNI
General, Municipal, Boilermakers and Allied Trade Union, GMB (General-, Kommunal-, Kesselbauer- und alliierte Gewerkschaften)	TUC	Generalsekretär: Gary Smith	504 918	EPSU, UNI Europe, EFFAT, IndustriAll Europe, ETF PSI, UNI Global, IndustriAll, IUF, ITF

verarbeitendes Gewerbe und Transport) und GMB (branchenübergreifende, »allgemeine« Gewerkschaft). Die Mitgliederzahl des TUC liegt aktuell bei knapp 5,5 Mio. Die drei vorgenannten Einzelgewerkschaften repräsentieren allein etwa 44 Prozent aller Gewerkschaftsmitglieder. Politisch sind die Gewerkschaften meist Labour-nah, so sind fast die Hälfte der Einzelgewerkschaften mit Labour assoziiert, das bedeutet, dass ihre Mitglieder ein Opt-In zur Labour-Mitgliedschaft erhalten, sobald sie der Gewerkschaft beitreten. Sie steuern etwa 14 Prozent des Haushaltes von Labour bei.

Der TUC vertritt mehr als 80 Prozent der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer_innen in Großbritannien. Daneben gibt es noch drei weitere kleinere Dachverbände, die sich auf den öffentlichen Dienst, Ingenieure und Schiffbauer sowie Künstler konzentrieren. Der TUC wurde 1868 im Mechanic’s Institute in Manchester gegründet. Das Hauptentscheidungsorgan der TUC ist der jährliche Kongress. Dazwischen entscheidet der General Council (56 Mitglieder). In Großbritannien war die seit dem 18. Jahrhundert existierende Gewerkschaftsbewegung treibende Kraft bei der Etablierung einer Arbeiterpartei. Enttäuscht von bisherigen liberalen Bündnispartnern im Parlament schuf sich der TUC 1905 ein »Labour Representation Committee« (LRC), aus dem sich später die bis heute bestehende Labour Party entwickelte.

UNISON entstand 1993 durch den Zusammenschluss von der National and Local Government Officers Association (NALGO), der National Union of Public Employees (NUPE) and der Confederation of Health Service Employees (COHSE) und organisiert primär den Öffentlichen Sektor. 2021 hatte UNISON gut 1,2 Millionen Mitglieder. UNISON ist weitgehend weiblich geprägt – mehr als 900 000 Mitglieder sind Frauen. UNISON wird geführt von einem Presidential Team, gewählt vom National Executive Council (NEC). Der NEC wird von Mitgliedern gewählt. Die Gewerkschaft hat »member groups« sowie »service groups« und ist in 12 Regionen unterteilt. Außerdem verfügt sie über lokale Branchen und 1 200 Angestellte. UNISON hat einen politischen Fonds, der für politische und soziale Kampagnen genutzt wird. Mitglieder können in einen Fonds einzahlen, der auch die Labour Party unterstützt. Der General Political Fund fördert anti-rassistische Veranstaltungen sowie lokale Kampagnen gegen Privatisierung und den Verkauf staatlicher Sozialwohnungen. UNISON ist auch Mitglied der Trade Union and Labour Party Liaison Organisation (TULO). Bei der Wahl des Labour-Parteivorsitzenden 2020 unterstützte UNISON Keir Starmer, der sich als Kandidat der Einheit präsentierte.

Unite the Union (Unite) entstand im Mai 2007 durch den Zusammenschluss der zweit- und drittgrößten Gewerkschaften Amicus und Transport and General Worker’s Union.

2021 hatte die Gewerkschaft knapp 1,2 Millionen Mitglieder, davon mehr als 2/3 Männer. Unite ist stärker im Privatsektor organisiert als im Öffentlichen Sektor, hat aber dennoch mindestens 200 000 Mitglieder im Öffentlichen Sektor. Unite ist in fast allen Bereichen der Wirtschaft vertreten, u. a. bei Kraftfahrzeugherstellern, Druckereien, im Finanz-, Straßen- und Transport-, und Gesundheitssektor. Unite ist eine demokratische, kampagnenorientierte Gewerkschaft. Sie hat ebenfalls einen Political Fund, der genutzt wird, um Kampagnen zu Themen wie NHS, Arbeitnehmerrechten, und generellen Themen im Bereich Arbeit und Soziales zu unterstützen. Knapp die Hälfte des Fonds geht an Labour im Rahmen der sogenannten »affiliation fees«. In der Wahl zum Parteivorsitzenden der Labour Party 2020 unterstützte Unite Rebecca Long-Bailey, die als Kandidatin der Linken galt. Auf Grund von Unstimmigkeiten mit der Labour-Partei-Führung um die Zahlung von Ausgleichszahlungen an ehemalige Mitarbeitende der Partei, verkündete Unite im Oktober 2020, ihre Zahlungen an Labour um 10 Prozent zu reduzieren und kündigte im Dezember 2021 an, die finanzielle Unterstützung der Partei noch weiter zu beschränken. Aktuell bleibt die Gewerkschaft aber der größte Finanzierer der Partei. Unite ist Mitglied der Trade Union and Labour Party Liaison Organisation (TULO), hat aber auch selber eine politische Struktur mit »Regional Labour Party Liaison Committees« und einem »National Labour Party Liaison Committee«, welche die Unite Positionen implementieren sollen. Gewählt werden sie von Mitgliedern auf regionalen Konferenzen alle drei Jahre. 2008 gründete Unite mit der US-amerikanischen Gewerkschaft United Steelworkers eine neue globale Gewerkschaft: Workers Uniting. Dieser Gewerkschaftsverband hat 3 Millionen Mitglieder in Großbritannien, Irland, Nordamerika und der Karibik.

Die GMB wurde am 31. März 1889 gegründet. Im Jahre 1924 ist die National Union of General and Municipal Workers aus einem Zusammenschluss der National Amalgamated Union of Labour, National Union of General Workers und der Municipal Employees Association hervorgegangen. Im Jahre 1982 wurde sie in General, Municipal, Boilermakers and Allied Trade Union umbenannt. Die gut 500 000 Mitglieder sind Teil einer lokalen Branche. Jede Branche ist Teil einer der 9 GMB Regionen. Außerdem sind Mitglieder Teil einer der drei Industriellen Sektionen von GMB. Jede Sektion wird von einem National Secretary geleitet. Der National Secretary und National Officer berichten regelmäßig an das Section National Committee, das den GMB Central Executive Council berät. GMB organisiert fast alle Industrien, Verkauf, Sicherheit, Schulen, Soziale Arbeit, NHS, und lokale Regierung. GMB ist drittgrößter Gewerkschafts-spendender von Labour. Bei der Wahl des Labour-Parteivorsitzenden unterstützte GMB Lisa Nandy, die für eine neue Art der Politik, durch die die verlorenen Stimmen und Wahlkreise in ländlichen Regionen zurückgewonnen werden soll, warb. Auch GMB ist Mitglied der Trade Union and Labour Party Liaison Organisation (TULO). Sie ist die erste britische Gewerkschaft mit einem Büro in Brüssel, ist sehr engagiert in EU-Gesetzgebungsarbeit für Arbeitnehmer_innenrechte und Gesundheit am Arbeitsplatz sowie Sicherheitsfragen.

ARBEITSBEDINGUNGEN DER GEWERKSCHAFTEN

Der rechtliche Rahmen für Gewerkschaftsarbeit hat sich seit der Regierung Thatcher stark verändert. Ein Teil der Veränderungen bewirkte eine höhere Transparenz der Gewerkschaften gegenüber ihren Mitgliedern, die Regelung demokratischer Abläufe wie Streikabstimmungen, Wahlen von Funktionär_innen sowie das Verbot sogenannter »closed shops« – Betriebe, in denen nur Gewerkschaftsmitglieder beschäftigt werden durften. Gleichzeitig zielten die Veränderungen aber auch darauf, Arbeitskämpfe teuer, komplizierter und damit seltener zu machen. Die Einschränkungen des letzten Trade Union Acts von 2016 prägen heute maßgeblich die Arbeitsbedingungen von Gewerkschaften. So müssen Arbeitskämpfe mit einfacher Mehrheit in einer geheimen Abstimmung beschlossen werden, an der mindestens 50 Prozent der Wahlberechtigten teilnehmen. In Sektoren der öffentlichen Daseinsfürsorge wie Gesundheit, Transport oder Grenzschutz müssen sogar mindestens 40 Prozent der Abstimmungsberechtigten einem Arbeitskampf zustimmen. Dies erschwert die Durchführung von Arbeitskämpfen und hat dazu geführt, dass die Anzahl der durch Streik verlorenen Arbeitstage in den vergangenen Jahren stetig gesunken ist.

Zwei weitere legale Einschränkungen für die Gewerkschaftsarbeit sind nennenswert, weil sie den Vorrang individueller vor kollektiven Rechten festschreiben. Gewerkschaftsmitglieder können sich dafür entscheiden, sich am so genannten »Political Fund« der Gewerkschaft zu beteiligen, oder auch nicht. Diese Fonds werden verwendet, um entweder eine politische Partei direkt zu unterstützen, oder spezifische Kampagnen der Gewerkschaft zu finanzieren. Zudem dürfen sich Gewerkschaftsmitglieder weigern, an einem Streik teilzunehmen. Dies wird von der ILO kritisiert, weil es die Effektivität von Arbeitskämpfen einschränken kann.

Die 2022 eingeführt Abgabe der Gewerkschaften, durch die Ermittlungen bei Beschwerden gegen die Gewerkschaften finanziert werden sollen, stellt eine weitere Einschränkung der Gewerkschaftsarbeit dar.

GEWERKSCHAFTEN UND IHRE Kernaufgaben

Das Problem britischer Arbeitnehmer_innenvertretungen ist ein mehrdimensionales. Zum einen hat sich die Zahl ihrer Mitglieder in den letzten Jahrzehnten stark verringert, der Organisationsgrad ist auch im OECD Vergleich stark zurückgegangen. Gleichzeitig steigt die Zahl der prekär Beschäftigten und Schein-Selbstständigen. Aktuell liegt der Organisationsgrad bei 23,7 Prozent, dabei ist er im öffentlichen Dienst mit 51,9 Prozent sehr hoch, im Privatsektor dagegen beträgt er gerade mal 12,9 Prozent. Ähnlich ist die Situation bei den Tarifverträgen: 26,9 Prozent der Beschäftigten profitieren von einem Tarifvertrag. Diese Tarifverträge existieren dabei vor allem im Öffentlichen Dienst – hier sind über 60 Prozent der Beschäftigten abgedeckt – oder bei gut bezahlten Jobs im Privatsektor, wo nur etwa 15 Prozent der Arbeitnehmer_innen tariflich bezahlt werden.

Der öffentliche und private Sektor unterscheiden sich auch in der Ebene der Tarifverhandlungen. Der öffentliche Sektor kennt noch die Aushandlung von Tarifverträgen auf Branchenebene, während im Privatbereich die Betriebs- oder gar Betriebsstätten-Ebene dominiert. Der Trend deutet auf eine zunehmend lokale und kleinteilige Tarifbindung hin, auch weil einzelne Betriebe nicht an Branchentarifverträge gebunden sind und daher bevorzugen, ihre eigenen Bedingungen auszuhandeln.

Die Sozialpartnerschaft in Großbritannien ist eher schwach ausgeprägt, hat aber ironischerweise sowohl durch die EU-Bestimmungen als auch durch den Brexit einen kleinen Schub erfahren. So verhandelte der Dachverband TUC mit dem Industriedachverband CBI über die Konsultations- und Informationsrichtlinie sowie die Entsenderichtlinie. Auch in Fragen Brexit gab es Gespräche und gemeinsame Positionen zwischen beiden Seiten.

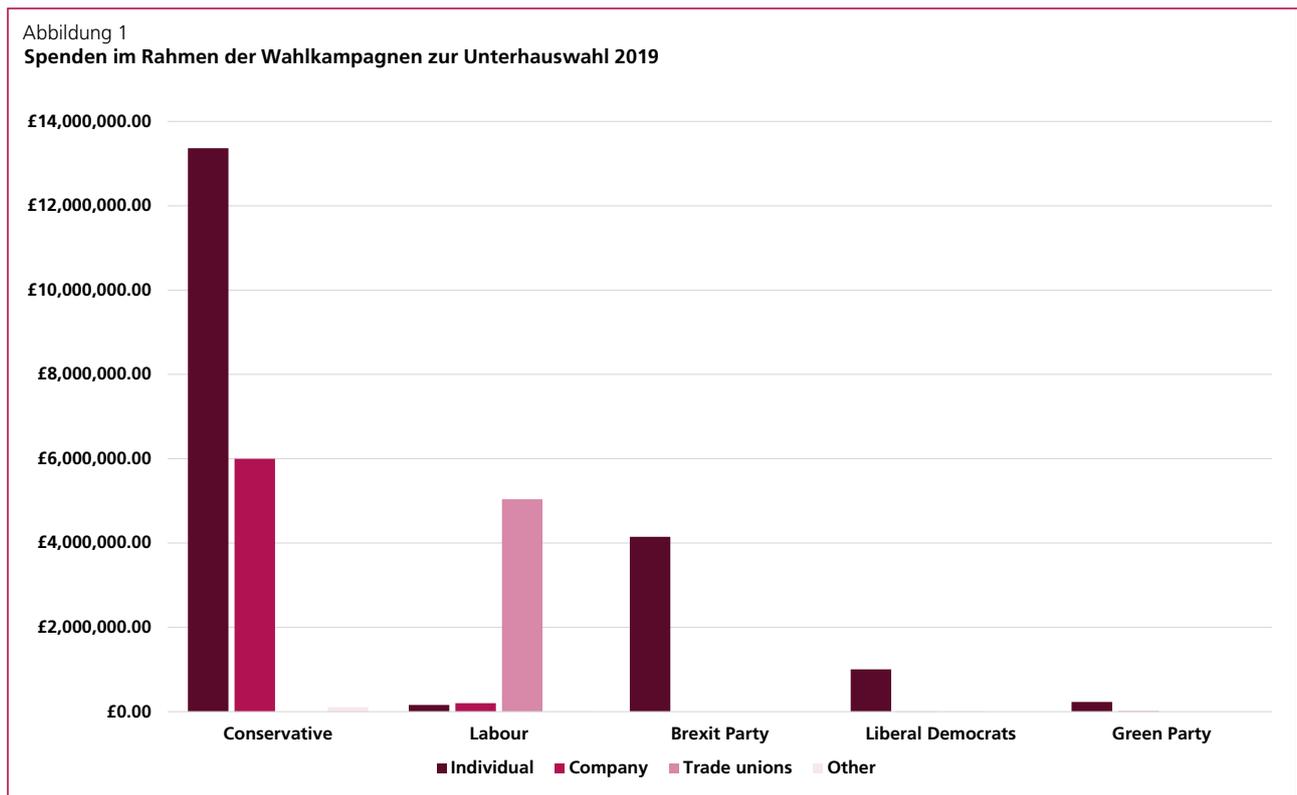
Der Einfluss der Gewerkschaften auf die Gestaltung von Sozialstaat und Sozialgesetzgebung ist stark davon abhängig, welche Partei die Regierung stellt. Im aktuellen Fall der Konservativen ist ihr Einfluss sehr gering, während die Rolle der Gewerkschaften unter einer Labour-Regierung deutlich ausgeprägter und einflussreicher ist.

GEWERKSCHAFTEN UND IHR (POLITISCHES) GEWICHT

Die Labour-Partei ist ein Kind der Gewerkschaftsbewegung und trotz wechselhafter Beziehungen besonders in den Jahren von Tony Blair ist diese Bindung nicht abgebrochen. Das politische Gewicht der Gewerkschaften ist daher immer in

Relation zur Partei zu sehen. Der direkte Einfluss der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf die Partei ist seit einer Parteireform 2015 geringer geworden. Aufgrund der nun erfolgenden Urwahl des Vorsitzenden, wurde die Rolle der Gewerkschaften als Ko-Königsmacher mit der Fraktion reduziert. Dennoch sind besonders die politischen Funds der großen Einzelgewerkschaften weiterhin ein zentrales Einflussinstrument auf die Labour-Partei, die einen beträchtlichen Teil ihrer Finanzen über Unite, UNISON und GMB erhält. Die Beiträge von Gewerkschaften machen rund 14 Prozent des Haushaltes der Partei aus und die Gewerkschaften stellen ein Großteil der Spenden, die Labour erhält. Besonders deutlich wird die Bedeutung der Gewerkschaften für die Labour-Partei bei den Spenden im Rahmen der Unterhauswahlen 2019. Dabei erhielt die Labour-Partei 5411 296 Pfund an registrierten Spenden, davon 5039754 von Gewerkschaften.

Des Weiteren unterstützen einzelne Gewerkschaften die Partei durch die Abstellung von Personal oder die Bereitstellung von Räumlichkeiten. In den vergangenen Jahren stach dabei die Einzelgewerkschaft Unite hervor, deren damaliger Vorsitzender Len McCluskey als wichtiger Unterstützer und Berater des ehemaligen Labour-Vorsitzenden Corbyn galt. Sein Einfluss war nicht zu unterschätzen, besonders wenn man sich vor Augen führt, dass einer der wichtigsten Berater des damaligen Parteichefs Corbyn, Andrew Murray, bei der Gewerkschaft Unite beschäftigt und in Teilzeit als Berater fungierte. Diese personelle und finanzielle Verquickung führte zu einer gemeinsamen politischen Agenda. Unter der Parteiführung von Starmer ist die enge Vernetzung zwischen Partei und Unite geschwächt und Unite hat seine finanzielle Unterstützung der Partei stark eingeschränkt. Die



neue Generalsekretärin Sharon Graham distanziert sich auch politisch von der Labour Party. Unter ihr soll sich die Gewerkschaft strategisch auf die Mobilisierung von Arbeiter_innen und ihre Rechte fokussieren. Auf Politiker_innen dürfe man sich dabei nicht verlassen. Ein aktueller Streitpunkt zwischen Unite und Labour ist insbesondere der Streik der Müllentsorger in der englischen Industriestadt Coventry seit Februar 2022. Coventry gilt als Labour-Hochburg und die Streiks richten sich gegen die schlechte Bezahlung durch den von Labour geführten Stadtrat. Insider waren davor, dass Unite die historische Verbindung zur Labour Party lösen und damit alle finanzielle Unterstützung einstellen könnte.

Während des Parteitages 2021 löste sich bereits die kleine Gewerkschaft der Bäckereien (16425 Mitglieder) von der Labour Party. Grund dafür war die Unzufriedenheit mit der Parteiführung sowie Differenzen um die inhaltliche Ausrichtung der Labour Party. Die Gewerkschaft der Lockführer_innen und Feuerwehren wird im Mai 2022 bei ihrer Versammlung darüber abstimmen, ob sie sich ebenfalls von Labour dissoziiert. Auch hier ist eine Unzufriedenheit mit Keir Starmer's Führung ausschlaggebend.

Anders ist die Entwicklung mit der anderen großen Einzelgewerkschaft UNISON. Diese unterstützte unter Führung des damaligen Generalsekretärs Dave Prentis schon im Vorfeld Keir Starmer als Parteivorsitzenden. Nachdem es im Januar 2021 nach 20 Jahren zu einem Führungswechsel bei UNISON kam, bleibt nun abzusehen, wie sich die Gewerkschaft unter der neuen Generalsekretärin Christina McAnea zur Labour Party und deren Führung positioniert. Bei dem Labour-Parteitag im September 2021 stellte sich UNISON hinter die Labour-Führung und ermöglichte dadurch sehr umstrittene Regeländerungen innerhalb der Partei.

Labour hat sich dazu bekannt, die Rolle der Gewerkschaften in Zukunft zu stärken und hat die Wiedereinführung von regionalen Tarifabschlüssen in das Regierungsprogramm aufgenommen. Diese sollen vor allem in Bereichen angewendet werden, die eine hohe gesellschaftliche Bedeutung haben, aber gewerkschaftlich nicht gut organisiert sind, wie beispielsweise dem Pflegesektor. Diese Positionen haben durch die Corona-Krise und die Betonung der Rolle essenzieller Arbeiter_innen neuen Schub bekommen. In der Corona-Krise forderten die Gewerkschaften eine Ausweitung des gesetzlich vorgeschriebenen Krankengelds, kritisierten das Fehlen von persönlicher Schutzausrüstung im Gesundheitssystem und die niedrige Bezahlung im Pflegesektor.

Im Brexit-Prozess hatten die Gewerkschaften auch maßgeblichen Einfluss auf die Politik von Labour. Während der TUC sich offen gegen den Brexit ausgesprochen hat und weiterhin für eine Beibehaltung der EU-Standards kämpft, gab es bei den Einzelgewerkschaften eher differenziertere Ansichten zum Verbleib in der EU. Besonders der damalige Vorsitzende von Unite, Len McCluskey hatte sich lange dafür ausgesprochen, den Brexit zu vollziehen und stand auch einem potenziellen zweiten Referendum skeptisch gegen-

über. Damit haben die Gewerkschaften zum Teil zu dem uneinheitlichen Bild Labours in der Brexit-Frage beigetragen, das zur verheerenden Wahlniederlage 2019 beitrug.

Das öffentliche Ansehen der Gewerkschaften hat sich bei Betrachtung der langfristigen Trends auf einem hohen Niveau stabilisiert. So stimmten im Januar 2017 fast 80 Prozent der Befragten der Aussage zu, dass »Gewerkschaften essenziell sind für die Vertretung von Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer«. Nur etwa 36 Prozent waren der Ansicht, dass Gewerkschaften zu viel Macht haben. Gerade letztere Position hat sich im Zeitverlauf massiv verändert. Glaubten in der Hochzeit des Thatcherismus Anfang der Achtziger Jahre noch fast 80 Prozent, dass Gewerkschaften zu mächtig sind, hat sich dies nun mehr als halbiert. Im Dezember 2021 antworteten 32 Prozent der Befragten, dass Gewerkschaften eine positive Rolle im Vereinigten Königreich spielen, etwa 27 Prozent sahen ihre Rolle negativ. Die Corona-Krise hat diese Wahrnehmung nur minimal zugunsten der Gewerkschaften verändert. So gaben im Februar 2020 bereits 31 Prozent der Befragten an, dass Gewerkschaften eine positive Rolle spielen, 29 Prozent sahen eine negative Rolle. Dieses Bild beruht sicherlich auch auf der Tatsache, dass Gewerkschaften wenig Einfluss auf das Wirtschaftsleben haben und Trends in der Privatwirtschaft nur wenig entgegenzusetzen haben. Das leicht positive Bild in der Öffentlichkeit korreliert daher mit organisatorischer und politischer Schwäche. Gewerkschaften polarisieren daher auch nicht mehr in dem Maße wie in der Vergangenheit, weil sie weniger relevant für Arbeitnehmer_innen geworden sind.

Die wichtigsten Herausforderungen neben der Corona-Krise und der Gefahr eines Verlustes von Arbeitnehmer_innenrechten durch den Brexit sind für die britischen Gewerkschaften kurzfristig der demografische Wandel der eigenen Mitgliedschaft und mittelfristig die Veränderungen des Arbeitsmarktes durch Digitalisierung und Automatisierung. Im Hinblick auf erstere Herausforderung ist es 2018 erstmals gelungen, die bislang stetig sinkenden Mitgliedszahlen zu stabilisieren und sogar eine leichte Trendwende mit seitdem leicht steigenden Mitgliedszahlen zu erreichen. Doch die zunehmende Zahl der prekär Beschäftigten und Scheinselbstständigen erschwert es, den gewerkschaftlichen Organisationsgrad zu verbessern. Die Trends des Arbeitsmarktes werfen daher ein trübes Licht auf die Zukunft der Arbeitnehmer_innenvertretungen: ihre Stärke in den traditionellen Wirtschaftszweigen sowie im öffentlichen Sektor kann die Schwäche in neuen Dienstleistungsbereichen nicht kompensieren. Kleinere Lichtblicke sind daher neuere Gewerkschaftsbewegungen wie Community, UVW oder auch IWGB für Selbstständige und die New Economy oder das College of Nurses, das intensive Basisarbeit verrichtet. Daneben hat sich eine Kampagne »Organise« gebildet, die sich gleichfalls für Arbeitnehmer_innenbelange einsetzt, allerdings in einer webbasierten Form und nicht als klassische Gewerkschaft. Deren Tätigkeit war vor allem während des Lockdowns zentral, da viele Arbeitgeber, die Chance nutzten, um ihre Beschäftigten in dieser Phase zu entlassen, anstatt sie unter den staatlichen Schirm zu nehmen.

International und europäisch sind der TUC und auch die Einzelgewerkschaften intensiv vernetzt, aktuell dominiert jedoch die Sorge, dass der Brexit dazu führen wird, dass auch diese Bindungen, besonders in der EU, künftig schwächer werden. Eine Kürzung der Mitgliedszahlungen des TUC an den EGB wird durch viele Einzelgewerkschaften gefordert. Begründet wird dies dadurch, dass der EGB sich überwiegend mit EU Politik und Richtlinien befassen würde und dies für Arbeitnehmer_innen im VK nicht mehr so bedeutend wäre. Der TUC und der EGB verhandeln aktuell darüber, wie die finanziellen Beziehungen in fortan geregelt werden.

Michèle Auga, Leiterin der Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Großbritannien, London

Juliane Itta, Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in London

KONTAKT

Friedrich-Ebert-Stiftung | Globale und Europäische Politik | Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin

Verantwortlich:
Dr. Marc Meinardus
Gewerkschaftsprogramme Europa und Nordamerika
marc.meinardus@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.